

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Dietemeyer, Rud. Mose; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

# Danziger Zeitung.



# Beitung.

## Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allernähest geruht: Dem Kammerjunker, Rittmeister a. D. Caesar von Frankenberg, Proschliz zu Liegnitz die Kammerherrnwürde zu verleihen und den Regierungsrath Schrader zu Stettin zum Ober-Regierungsrath zu ernennen.

## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 2 Uhr Nachm.

Berlin, 7. Juni. Gute Vernehmen nach erfolgt die Reise des Königs nach Bremen am 13. Juni.

Petersburg, 7. Juni. Die Gemahlin des Großfürsten Thronfolger ist von einem Prinzen entbunden worden.

Angekommen 11 Uhr Vormittags.

Madrid, 6. Juni. Morgen wird der Gesetzentwurf eingeholt, betr. die Übertragung der Regentenschaft an Serrano, jedoch ohne die Befugniss zur Sanctionirung der Gesetze oder zur Auflösung der Cortes.

Washington, 6. Juni. Durch einen Bescheid des Justizministers wird das Fortbestehen der Militärgesetze in Texas für rechtsgültig erklärt, da Texas nach dem Gesetze sich noch im Kriegszustande befindet.

## Norddeutscher Reichstag.

53. Sitzung am 5. Juni.

Der berichtigte Haushaltsetat wird in dritter Lesung genehmigt.

Wechselstempelsteuergesetz, dritte Lesung. Abg. Becker beantragt von 33½ Thlr. oder weniger 1 Sgr., bis 66½ Thlr. 1 Sgr., bis 100 Thlr. 2 Sgr.; Abg. Hartort Stempelfreiheit der Wechsel unter 50 ev. unter 10 Thlr. Präf. Delbrück erklärt sich mit der Fassung des Gesetzes einverstanden, aber gegen die Amendements. Eine Vermehrung der Einnahmen tritt nicht ein, dieselben werden nur in die Bundeskasse geleitet. Abg. Wagener: Ich will unsern Standpunkt den gesammelten Steuervorlagen gegenüber darlegen, uns verwahren, als ob wir das Land belasten wollten, während die Linke die Hoffnung des Landes bildet. Ihre Haltung ist nur eine Consequenz der Herdenbeckschen Resolutionen von 1865; nur 2 der damaligen Forderungen sind unerfüllt geblieben und die werden Sie auch noch durchsehen: Minderung der Militärlast und Quotisierung der Steuern. Unsere Finanzverwaltung mache ich den schweren Vorwurf, geglaubt zu haben, daß die Nationalliberalen, frühere Fortschrittsleute die Erfüllung ihrer Forderungen länger aufschieben würden, als der Druck der Ereignisse es verlangte. Mit den Herren Bennissen und Miquel künnten wir uns allenfalls verständigen. Auch wir erkennen an, daß man nicht bauende Steuern bewilligen dürfe, daß das Deficit ein preußisches ist, daß der vorgelegte Finanzplan nicht als System gelten darf. Wir acceptiren das Bugeßändnis, daß Sie ein wirkliches Deficit bedenken wollen mit indirekten Steuern, wir aber fassen die Vorlagen als Anfang einer Aenderung des Steuersystems auf. Wir wirtschaften bereits lange mit verflümmeltem Etat, der aus Baarkräften Deckung sucht. Wenn Sie nicht auf Erhöhung der directen Steuern ausgehen, sind Sie genötigt, die Lasten auf indirekte Steuern abzuwälzen. Zu ersterer wird das Herrenhaus niemals seine Zustimmung geben, das ist eine Falle, keine Brücke. Die nach Selbstregierung strebenden Herren werden zugeben, daß diese nicht billiger, sondern teurer ist, sie belastet das Communalbudget, statt des Staatsbudgets. Dazu müßten die Grund- und Ge-

bäudesteuer der Selbstverwaltung überwiesen, die Staatsbedürfnisse durch indirekte Steuern befriedigt werden. Das erstreben wir auch. Ich erhebe den Vorwurf nicht, daß Sie Ihre politische Machstellung erweitern wollen, Sie sind am Geldbeutel empfindlicher als an der parlamentarischen Machstellung. Eigenlich wollen Sie nichts dauernd bewilligen, weil Sie 1871 im Ministerrat diese Fragen verwerthen wollen. Wir wollen Ihnen jede Gelegenheit abschneiden, diese Fragen mit einander zu verbinden, Sie sollen bekennen, ob Sie den Vorlagen aus finanziellen oder politischen Gründen widersprechen. Nichts könnte die Stellung des Bundes mehr schädigen, als der Glauben, daß preußische Parteireminiscenzen im Stande wären, die Befriedigung der Bundesbedürfnisse zu hindern. (Bravo rechts.) — Abg. Ewald: Bei uns werden die Steuern sehr hoch aufgenommen, die annectirten Länder sind ohnehin mit Steuern überlastet. Wenn die directen Steuern auch selbst in Kriegs- und Notzustand eingehen, so verlangen die indirekten, besonders die vorliegenden, Frieden, Ruhe, Sicherheit. Über die Sicherheit wird Ihnen wohl der Herr Bundeskanzler die übliche Ausklärung geben können (Heiterkeit); über die innere Sicherheit möchte ich Ihnen denen gegenüber, die da meinen, eine gewisse, durch Mißgriffe der Behörden hervorgerufene Missstimmung werde nach 1—2 Jahren vorübergehen, Aufschluß ertheilen. Die Klagen und Seufzer unserer Länder, welche bei fast unterdrückter Rede- und Pressefreiheit dennoch laut werden (Murrur), könnten doch auch dieser hohen Versammlung bekannt sein. Auch die Privilegien dieses Hauses werden angetastet, die Wahlen sind nicht frei, die hohe und niedere Polizei darf sich nicht mit Drohungen oder Thätlkeiten einmischen zu Gunsten einzelner Parteien z. B. der Lassalleaner (Unruhe). — Präfident: Ich mache den Herrn Redner darauf aufmerksam, daß er auch nicht entfernt mehr bei der Sache ist. (Sehr richtig!) Abg. Ewald: Ich komme gleich auf die Sache zurück. Präfident: Darum müßte ich auch dringend bitten, denn ich halte mich dem Hrn. Redner, der ein neues Mitglied unserer Versammlung ist, gegenüber für verbündet, ihn auf die Bestimmung unserer Geschäfts-Ordnung aufmerksam zu machen, wonach, wenn zweimal ohne Erfolg der Redner zur Sache gerufen ist, das Hans in der Lage ist, ihm das Wort zu entziehen. Ich bitte fortzufahren. Abg. Ewald: Nur noch dieses — der Stachel ist zu tief, weit tiefer, als etwa die oberflächliche Beobachtung oder der befangene Parteidunkel sich einbilden mag, und alle die Versuche (der Präfident erhebt sich) — und das möchte ich noch sagen, ich bin gleich zu Ende — (Heiterkeit), welche man gemacht hat, um diesen Stachel wie aus der Tasse des Löwen mit Gewalt herauszureißen, werden ihn nur immer mehr in das gefundene und beste Fleisch hineintreiben. Die beste Art diesen Stachel hier aus der Tasse des Löwen herauszureißen, ist von dem Bundeskanzler selbst angegeben, indem er eine hohe Lobrede auf den Particularismus hält. Nun muß ich zwar bedauern, daß mit den Umwälzungen des Jahres 1866 . . . (Große Heiterkeit.) Präfident: Ich mache den Herrn Redner zum zweiten Male aufmerksam, daß er sich durchaus von unserm Gegenstande entfernt. — Abg. Ewald: Ich komme gleich darauf zurück. Präfident: Ich werde bei der nächsten Veranlassung das Haus fragen, ob ich dem Herrn Redner das Wort zu entziehen habe. Abg. Ewald: Nun, dann werde ich aussöhnen. Abg. v. Horckenbeck: Der Abg. Wagener täuscht sich, wenn er sich mit Bennissen und Miquel besser vertragen zu können hofft, als mit den ehemaligen Mitgliedern der preußischen Fortschrittspartei. Wir sind seit Jahren mit einander ver-

wachsen, wir wachsen immer fester zusammen und sind eine ungeheilte Partei. (Zustimmung seitens der Nationalliberalen.) Wer sich mit den Abg. v. Bennissen und Miquel verträgt, der verträgt sich mit den Nationalliberalen überhaupt. Wenn der Abg. Wagener ferner den Bericht der Budgetcommission von 1865 citirt, so über sieht er, daß derselbe gegen Steuererhöhungen überhaupt gerichtet war. Das einzige Motiv für die verlangte Steuererhöhung, die größte, seitdem Preußen eine Vertretung hat und die zugleich eine politische Frage höchsten Grades darstellt, ist ein Deficit, von dem man nicht weiß, ob es ein dauerndes und über dessen Natur auf eine Denkschrift des Finanzministers hin nicht zu urtheilen ist, am wenigsten im Reichstage, denn es geht die preußische Finanzverwaltung und den preußischen Landtag an. — Alle Anträge werden abgelehnt und das ganze Gesetz unverändert in der Fassung der zweiten Berathung genehmigt. — Abg. Mende will in einer persönlichen Bemerkung die Schmähung, die ihm als Lassalleaner durch die Bemerkung des Abg. Ewald widerfahren, zurückweisen; aber Präfident Simson unterrichtet ihn. Abg. Schweizer: Wenn Herr v. Rothchild einen Angriff auf Frankfurt in einer persönlichen Bemerkung zurückweisen könnte, so muß dasselbe dem Abg. Mende bei einem Angriff auf die Lassalleaner frei stehen. Präfident Simson: Der Abg. v. Rothchild ist der einzige Vertreter Frankfurts in diesem Saal und ich ließ ihn seine Bemerkung machen unter ausdrücklicher Genehmigung des Hauses, nachdem gegen die Gemeinde Frankfurt ein Vorwurf ausgesprochen war. Ich fand in der Auskunft des Abg. Ewald weder eine Beleidigung des Abg. Mende, noch stützt derselbe hier im Hause als Vertreter der Lassalleaner.

Etat pro 1870. Dritte Berathung. Präf. Delbrück: Sie wünschten vor Feststellung des Etats eine Übersicht der Einnahmen aus Aufhebung der Postofreiheit und aus der Wechselstempelsteuer. Über erstere ist Ihnen eine Denkschrift zugegangen, bei letzterer fehlt es an sicheren Beurtheilungselementen des Etats, der Aufschlag kann nur auf Grund früherer Erfahrungen gemacht werden. Die Gesamtneinnahmen sind auf 1,400,000 R. veranschlagt, davon sind 36 %, also 504,000 R. an die Einzelstaaten abzugeben, der Bundeskasse bleiben 896,000 R. Diese Summe würde von den Matricularbeiträgen abzuziehen sein, die sich auf 24,888,723 R. vermindern. Da das Bundesoberhandelsgericht bald in's Leben treten soll, so wird Ihnen darüber noch ein Nachtragetat gebracht werden. Abg. Hinrichsen meint, daß die Wirklichkeit über diese Ansätze bedeutend hinausgehen werde, Abg. Lasler: daß das Obergericht spätestens am 1. Januar 1870 in's Leben treten werde und bedauert, daß kein spezielleres Etat darüber vorgelegt sei. Präf. Delbrück verspricht letzteres. Abg. Mende: Das Etatgesetz nöthigt mich, die Abstimmung zu motivieren, die ich demselben angedeihen lassen will. Ich werde dagegen stimmen, weil es Ausgaben enthält, die ich nicht für zweckmäßig halte. Das Militair ist eine Sache, die das Volk nicht billigt (Heiterkeit), ich habe das Volk keinen gelernt. (Große Heiterkeit.) Ebensoviel kann ich dem Etat der Einnahmen zustimmen, denn die Einnahmen des Bundes sind Ausgaben für das Volk, das Volk aber hungert und schreit nach Brod und befindet sich gerade jetzt in einer Periode des Pauperismus, der es dahin treiben muß, solchen Beschlägen sich zu widersetzen. Es ist wahr, ein Volk, das nicht Geld und Blut genug hat, um seine nationalen Aufgaben durchzuführen, ist nicht wert, eine Nation zu heißen, wir aber haben Geld und Blut im Überfluß, wenn es sich um wirklich nationale

Richtige getroffen hat. Er selbst ist deshalb unablässig dazu getrieben worden, seinen Stoff umzuarbeiten und zu populärisieren, bis er dazu gelangte, seine Anschaufungen über das englische Staatswesen in direkte Beziehung zu den deutschen und französischen Zuständen zu setzen, um festzustellen, in welchen Stücken England Muster für uns sein kann und wie wir es anfangen haben, zu einer gleich festen Grundlage unsres Staatslebens zu gelangen, wie sie England in der Selbstverwaltung seiner Gemeinden besitzt. Was Gneist in diesem neuesten Werke über die Verfassungszustände des Continents, und speziell des preußischen Staates sagt, ist vor trefflich, meisterhaft; vielleicht das Beste, was bisher darüber geschrieben wurde, aber bei seiner Beurtheilung der heutigen englischen Zustände müssen wir abermals den Kopf schütteln, und es wird uns auch jetzt nicht erspart, mit ihm zu disputationen, ehe wir auf seine Vorschläge eingehen können.

Wir können ihm niemehr zugestehen, daß England seit der Reformbill Rückschritte in seinem Staatsleben gemacht hat und daß es keiner organischen Gesetzgebung mehr fähig ist, weil die Ausdehnung des Wahlrechts die alten Gesellschaftsklassen aufgelöst oder erweitert und damit die geschlossenen Parteien zerstört hat. Gneist will, daß die ver-

schiedenen Interessen der bürgerlichen Gesellschaft auch durch die Volksvertretung zur Geltung gebracht werden, und daß deshalb auch deren Rechte von den dazu von der Geschichte geschaffenen Elementen repräsentiert werden. Das kann aber immer nur im Allgemeinen und nach dem Geiste jedes Zeitalters geschehen, und wenn der fortschreitende Geist der Zeit die alten Formen zerbricht und neue schafft, so muß man durch die neuen zu erreichen suchen, was notwendig ist. Was uns England unter der überwiegenden Vertretung der Aristokratie werden konnte, hat seine Geschichte im 18. Jahrhundert gezeigt. Das in sich freieste Land geriet in Kampf gegen die französische Revolution, weil die größere Freiheit, welche sie den Völkern vertrieb, Englands Einfluss über den europäischen Continent und seine Herrschaft über die Colonien bedrohte. Hätte dieser Kampf nicht durch den Despoten Napoleon eine andere Wendung erhalten, so würde England an ihm zu Grunde gegangen sein. Es hätte wie einst Benedig geendet. Mit der Hingabe an die Befreiungskämpfe Deutschlands wurde aber auch die Macht der engl-

schen Aristokratie gebrochen und sie mußte sich nach und nach dazu bequemen, den Mittelschichten Raum zu geben. Erst dadurch ist England zu einer konstitutionellen Monarchie geworden und was es in neuerer Zeit für die Gleichstellung der Katholiken, für die Reform seiner Steuergesetzgebung und seines Handelsrechts erlämpft hat, fällt wahrscheinlich in's Gewicht, als die alte in einer Unmasse von Statuten aufgehäufte Gesetzgebung, die sich gar nicht mehr codificieren läßt und eine reine Rumpfammer bildet. Gneist meint, jetzt der Reformbill sei Staat und Gemeinde nur noch eine Actiengesellschaft von Steuerzahlern, und die Indifferenz gegen das persönliche Element im Gemeindeleben, die Gleichgültigkeit für die persönlichen Pflichten und die dadurch zu erwerbenden Ehrenrechte griffen immer mehr um sich. Das kann man nicht als richtig zugeben. Das englische Volk ist so fest mit seinen alten Rechten und Sitten verwachsen, daß es sich von diesen nie völlig trennen wird. Sowie der Sprecher des Unterhauses noch jetzt die lange schwarze Allongeperücke und die Richter die kurze weiß gepuderte Perrücke des 18. Jahrhunderts tragen, weil diese einmal seit so langer Zeit zu ihrer Amtstracht gehören, so werden sich auch die übrigen Klassen der Gesellschaft so lange an die alten Formen des Gemeinde- und Staatslebens halten, als das Parlament sie beschaffen läßt. Dieses Festhalten am Alten hindert aber nicht die große allgemeine Strömung des idealen Lebens und die Forderungen der Zeit und England steht darin dem Continent nicht nach, sondern schreitet mit diesem fort, weil es auch davon überzeugt ist, daß es hinter den andern Staaten und Völkern nicht zurückbleiben darf.

Dass der Gemeinstaat noch ebenso lebendig und opferungsfähig wie früher, zeigt die Schöpfung der Freiwilligenregimenter, in denen die Jugend des Landes sich dem schweren Kriegsdienst unterzieht, um den Franzosen die Lust zu nehmen, an die Erneuerung ihrer Eroberungspolitik gegen England zu denken.

Dass die Hingabe an die alten Ehrenämter schwächer wird, liegt darin, daß diese veraltet. Auch die Perrücken der Richter werden einmal abgeschafft werden. Im Jahre 1848 traten die Chartisten mit Forderungen hervor, welche den sozialistischen Anschaufungen seiner Zeit entnommen waren, und aus England einen Freistaat, wie die neue französische Republik

Gneist und Stuart Mill. Gneist und Stuart Mill. Altenglische und neuenglische Staatsanschauung. Eine politische Parallele. Berlin. W. Adolf u. Co. Seit dem Erscheinen des neuen Werkes von Gneist über die Grundsätze der „Staatsverwaltung und Selbstverwaltung“ hat sich das Interesse an seiner Darstellung des englischen Staatswesens bedeutend gesteigert, und es ist ein erfreuliches Zeichen der Zeit, daß sich an der Discussion darüber in der Presse vorzugsweise jüngere Juristen und Universitätsschüler beteiligen. Die National-Zeitung brachte im April eine sehr gründliche und treffende Kritik des Gneistschen Buches, welche der Privat-Dozent der Berliner Universität Dr. Gierke, ein Sohn des früheren Justizministers, verfaßt hatte, um die obige Schrift zu rühen, wie man hört, von Dr. G. Cohn her, der sich kürzlich in Heidelberg als Lehrer der Volkswirtschaft habilitiert hat. Im Jahre 1865 schrieb schon einmal C. Walker eine größere Schrift über Gneist's Stellung zu den Parteien, und in „Unsere Zeit“ war eine ausführliche Charakteristik von Gneists Leistungen für die Rechts- und Staatswissenschaft zu lesen. Aus den Debatten über Gneists Ideen und Anschaufungen kann Ledermann, auch der gewieteste Politiker viel lernen. Es hat kein Historiker oder Rechtslehrer der Neuzeit das englische Staatswesen so gründlich durchforscht und dargestellt, wie Gneist; die Engländer haben selbst kein so kritisches Werk über ihre Staats- und Rechtsgeschichte hervorgebracht wie das seine, und doch genügt auch dieses gründliche und inhaltreiche Werk noch lange nicht zur Kenntnis des englischen Lebens. Wie vielseitig und reich auch Gneists Anschaufungen sind, und mit welchem Fleiß er an die Ausarbeitung seines Werkes ging, so ist es ihm doch nicht gelungen, den überreichen Stoff des selben so zu bewältigen, daß er ein Werk hätte schaffen können, das leicht zur allgemeinen Belehrung über England hätte beitragen können. Dazu ist Buchers „Parlamentarismus“ weit mehr geeignet. In Gneists Werken muß man sich mild und matt studiren, um den Faden seiner Grundideen zu finden, und hält man ihn fest, so stößt man auf so viel Absonderlichkeiten der Auffassung, daß man sich mit ihnen plötzlich in Widerspruch befindet und bezweifeln muß, ob Gneist das

Zwecke handelt, das hat das Volk 1813, 1814 und 1815 bewiesen, das hat es 1866 bewiesen, wo es heldenmuthig gekämpft hat. 1866 war das Volk mit der Regierung, aber die Regierung hat das Volk getäuscht und nicht nationale, sondern dynastische Zwecke verfolgt; sie fürchtet sogar das Heer selbst, und hat ihm darum das Wahlrecht entzogen, damit es nicht Revolutionen und Pronunciamentos mache, wie weiland in Spanien. (Große Heiterkeit.) Diese Einnahmen würden für das Volk eine drückende Last sein, wer das sehen will, kann es sehen. Dem Volk mangelt Gerechtigkeit und es steht hinter den Abgeordneten, die dieselbe für das Volk fordern. Ich bitte Sie deshalb, den Etat abzulehnen, und wenn ich auch nicht glaube, daß Sie diesem Wunsche folgen werden (Nein! nein!), so wollte ich doch die Bitte ausgesprochen haben; vielleicht kommt eine Zeit, wo Sie uns wo das Volk sich derselben erinnert. (Große Heiterkeit.) Die Einnahmen werden hierauf genehmigt.

Bu dem Etats-Gesetz, dessen § 1 lautet: „Der Bundeshaushalts-Etat für das Jahr 1870 wird in Ausgabe auf 75,958,495 R., nämlich auf 71,752,106 R. an fortlaufenden, und auf 4,206,389 R. an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben, und in Einnahme auf 75,958,495 R. festgestellt, beantragt Abg. v. Forckenbeck folgenden § 2 hinzuzufügen: Die den Einnahmen des Nord- und Bundes 1870 in Folge des Gesetzes betr. die Portofreheiten hinzutretenden Mehr-Erträge der Post werden auf 1,800,000 R. veranschlagt und sind von den Matrikularbeiträgen in Abzug zu bringen — Präsident Delbrück erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, der darauf, ebenso wie das Etatgesetz im Ganzen, mit großer Majorität angenommen wird.“

4) Branntweinstuer, dritte Lesung. Präf. Delbrück: Die Regierungen wollen die dritte Beratung nicht abschneiden, obwohl sie keine Neigung haben, die Fabrikatsteuer zuzugestehen, wenn die Steuer-Erhöhung abgeworfen wird. — Abg. v. Hennig bittet, die Reform der Steuer-Erhebung nicht an die Steuer-Erhöhung zu knüpfen. Nur durch diese Reform seien die Brennereien zu retten und mit ihnen der Flor unserer Landwirtschaft, der in Amerika und Russland gewaltige Concurrenten erwachsen sind. — Präf. Delbrück: Die Regierungen haben das größte Interesse an der Reform der Branntweinstuer, aber sie dürfen Angesichts der Finanzlage unmöglich in eine Verminderung der Einnahme um eine Million einwilligen. — § 1, der die drei verschiedenen Besteuerungsformen bezeichnet, wird mit sehr großer Majorität genehmigt, ebenso § 2 Al. 1. In Al. 2 war eine Begünstigung zu Gunsten der kleinen Brennereien auf den Antrag v. Hoverbeck's angeworfen, von den Brennereien: welche nur vom 1. October bis 31. Mai im Betriebe sind, und an einem Tage nicht über 900 Quart, im Ganzen nicht über 178,200 Quart einmaischen, sollen nur  $\frac{2}{3}$  Sgr. per 20 Quart Maischraum erhoben werden. Da diese Begünstigung den Regierungen sehr ungelegen ist, so kommt Abg. v. Hennig ihnen auch heute im Interesse der Vorlage durch Herauszogung der Biffer auf 120,000 Quart entgegen. Bundescommissar Scheele äußert sich über die Bedeutung dieser Amendierung ziemlich kleinlaut, und nachdem das Haus die Biffer von 120,000 Quart angenommen hat, erklärt Präsident Delbrück daß die verbündeten Regierungen auf die weitere Beratung des Gesetzes verzichten. Damit ist auch die Erhöhung der Branntweinstuer gefallen. Das Gesetz über Gewährung der Rechts-Hilfe, der Militärvertrag mit Baden, der Antrag Wiggers über Gleichstellung der Confessionen und der Antrag des Gr. Solms wegen Besteuerung des Braumalzes in Hessen werden in dritter Lesung genehmigt. Der Präsident ist nicht im Stande, schon heute zu sagen, wann die letzte Sitzung des Reichstages stattfindet.

LC. Berlin, 6. Juni. [Zur belgischen Frage.] Gestern hat ein Familieneignis für die Politik solche Bedeutung, wie die Geburt eines Prinzen in der belgischen Königsfamilie unter den jetzigen Verhältnissen. Der einzige Sohn des Königs ist bekanntlich gestorben. Als Thronerbe blieb demnach der Bruder des Königs allein übrig, der auch noch ohne männliche Nachkommen war. Unter diesen Umständen gewannen die französischen Agitationen für eine Einverleibung Belgiens in Frankreich einen gewissen Vortheil dadurch, daß einerseits dem Volke doch in Aussicht gestellt war, daß es über kurz oder lang doch, und dann vielleicht unter sehr ungünstigen Umständen, über die Thronfolge zu entscheiden hätte, andererseits und mehr noch dadurch, daß in der bel-

machen sollten. Diese Gleichheitsgelieste könnten in England nicht aufkommen, aber sie bewiesen, daß es auch dort nicht an radicaler Gedankenbewegung fehlte.

In jüngster Zeit hat Stuart Mill versucht, auf dem Wege der Socialphilosophie eine neue Entwicklung für England anzubauen, durch die es auf tiefere Weise zu der Freiheit gelangen könne, welche die Chartisten erstrebt, aber ihrer Phantastereien wegen nicht zu erreichen vermochten. Stuart Mill hat durch seine gedankenreichen Aufschauungen über das Repräsentativ-Element vielfach imponirt, und bat es sogar dazu gebracht, zum Vertreter von Westminster ins Parlament gewählt zu werden. Er ist bei der jüngsten Wahl aber auch wieder durchgefallen, weil man eingesehen hat, daß er für das practische Staatsleben nichts taugt. Er ist ein abstrakter Philosoph, der das geschichtliche Leben Englands ganz unbeachtet läßt und deshalb auch auf das wirkliche Leben nicht zu wirken vermag. Gegen ihn hat sich deshalb auch Gneist bei aller Achtung seiner Geisteskraft erklärt; nicht nur weil er bis zu dem Extrem des Wahlrechts für Frauen fortgegangen ist, sondern weil er den Staat so mechanisiert, daß er ein Seitenstück zu Louis Napoleon's Kaiserreich daraus machen würde, wenn er die Macht dazu hätte. Dies Verhältniß Mills zu Gneist hat Dr. Cohn in seiner Schrift sehr gut dargestellt, aber in der Beurtheilung von Gneists alten englischen Standpunkt steht er hinter Gierle an Schärfe weit zurück.

Stuart Mill ist der Nachfolger von Jeremias Bentham, dem Erfinder des Utilitätsprinzips, der es bekanntlich unternahm, Verfassungen auf Bestellung zu arbeiten, wenn er das betreffende Land auch nie mit Augen gesehen hatte. „Der Staat Stuart Mills“, sagt Cohn, „ist eine Fabrik, welche von sämtlichen Eigentümern, d. h. der ganzen Gesellschaft, Herrn und Damen zeitweilig Deputirte, beaufsichtigt wird. Wie viel diese Deputirten oder gar die Auftraggeber derselben von dem verstehen, was in der Fabrik verfertigt wird, ist nicht recht ersichtlich, es scheint aber, als ob diese Fähigkeit von andern praktischen Fähigkeiten entweder angeboren oder aus der Atmosphäre der öffentlichen Meinung gewonnen wird. Auch Mill fordert freilich die Erziehung des Volkes zur Ausübung der politischen Rechte, meint aber, sie seien durch das Wählen erreichbar. Zur Auffassung der Gesetze

gischen Königsfamilie das Interesse geringer war an der Erhaltung des Thrones für die Familie, wenn er doch einer zweiten Generation nicht vererbt werden könnte. Durch die Geburt eines Sohnes in dieser Familie ist dieser Vortheil für Frankreich verschwunden und man darf deshalb wohl erwarten, daß dieses Ereignis nicht ohne Einfluß auf die Verhandlungen bleiben wird, welche über eine nähere handels-politische Verbindung zwischen Belgien und Frankreich in nächster Zeit gepflogen werden sollen. In Frankreich sieht man den Bruder des Königs von Belgien noch um deshalb mit besonders ungünstigen Augen an, weil die Frau desselben eine geborene Hohenzollern ist und man annimmt, daß durch diese Verbindung die Beziehungen Belgiens mit Preußen eine besondere Innigkeit gewonnen haben. In Belgien selbst hat man schon seit längerer Zeit die Vermuthung, daß Louis Napoleon einen Vorwand wegen Belgien oder wegen Schleswig für einen Krieg gegen Preußen suchen wird. Die Frage wegen der Verwaltung der belgischen Bahnen durch Frankreich ist eigentlich eine Frage nach der Neutralität Belgiens im Fall eines Krieges und wenn sich Belgien entschieden weigert, den französischen Forderungen in dieser Beziehung nachzugeben, so wäre damit Frankreich ein Grund zu einem Conflict mit Belgien gegeben. So ruhig der Verlauf der belgisch-französischen Verhandlungen auch in den letzten Monaten gewesen ist, so weiß man doch in Belgien zu gut, daß man diese Ruhe nur den französischen Wahlen zu danken hat, daß man sich dadurch in eine falsche Sicherheit hätte wiegen lassen sollte.

○ [Ernennung.] Für den in diesen Tagen nach Wiesbaden abgehenden Regierungspräsidenten Grafen zu Eulenburg ist der Rathsherr v. Böttcher aus Stralsund, vorläufig als Hilfsarbeiter, in das Ministerium des Innern berufen worden. Derselbe ist ein Sohn des verstorbenen Präsidenten der Ober-Rechnungskammer, hat früher bei mehreren Regierungen — auch bei der zu Danzig — als Justitiarius und eine Zeit lang als Hilfsarbeiter im Handelsministerium fungirt, bevor er in den Communaldienst übertrat. hr. v. B. ist Mitglied des Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Franzburg-Rügen und gehört der conservativen Fraktion an.

— Am 4. d. starb der Oberpräsident von Schlesien, Freiherr v. Schleinitz. Er gehörte durch Geburt und mehrjährige Amtsverwaltung Westpreußen an. 1798 in Lützen (Kr. Marienwerder) geboren, arbeitete er als Referendar, Assessor und später als Rath bei der Regierung in Marienwerder, nachdem er in zwischen Landrath des Kr. Cottbus gewesen war. Später war er Oberregierungsrath und 1842 Chefspräsident bei der Regierung in Bromberg. 1849 wurde er zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannt.

— Die vom deutschen Handelstage niedergesezte Commission zur Beratung über eine zweidentsprechende Binnenschiffahrtsgezeggebung hat Freitag ihre Sitzungen beendigt, nachdem sie sich über einen detaillierten, aus 135 Paragraphen bestehenden Gesetzentwurf vollständig geeinigt hat. Die Königsberger Vorlage erfuhr nur nach einer Seite hin eine wesentliche principielle Abänderung; sie ging von der Voraussetzung aus, daß die große Havarie auch auf die ganze Binnenschiffahrt zu übertragen sei. Da die Stimmen hierüber in der Commission gleichmäßig getheilt waren, glaubte sie annehmen zu müssen, daß das Princip abgelehnt sei; dagegen nahm sie die Einführung der großen Havarie auf den Haffn, Bodden und auf den unteren Stromtheilen, soweit dieselben der regelmäßigen Einwirkung von Fluth und Ebbe ausgesetzt sind, mit großer Majorität an. Die durch den Entwurf festgesetzten Bestimmungen unterscheiden sich auch in der beiderlei Ausdehnung, in welcher sie gegenwärtig empfohlen werden, sehr erheblich von der in der Seeschiffahrt bestehenden Havarie, indem sie den Nachweis der Notwendigkeit der Beschädigung und der sachgemäßen Ausführung verlangen. Wenn sich der Gesetzentwurf, wie natürlich, so weit als möglich an das V. Buch des H. G. B. anlehnt, so ist doch die Binnenschiffahrt darin als eine durchaus originale und selbständige Einrichtung behandelt, welche die Herstellung entsprechender originaler Bestimmungen beanspruchen muß. Mit großer Sorgfalt wurden bei der Beratung alle Fixirungen vermieden, welche in die in den einzelnen Stromgebieten bestehenden Gewohnheiten oder durch lokale Verhältnisse notwendig gewordene Einrichtungen allzutreff eingefügt werden; es wurde vielmehr den Ortsgebräuchen eine prinzipiell bevorzugte Stellung eingeräumt, und ein allgemeines Gesetz nur in den Fällen in Vorschlag gebracht, in welchen unter Uebereinstimmung der Vertreter aus den verschiedenen Stromgebieten ein Werth auf denselben nicht zu legen, oder ihre Abschaffung wünschenswerth erschien. Der Entwurf wird nunmehr, sobald seine Redaction vollendet, und die nach Maßgabe der stattgehabten Debatten dazu erforderlichen Motive fertig gestellt sind, durch den bleibenden Ausschuß des Handelstages dem Bundeskanzleramt zu weiterer Veranlassung überreicht werden. Den Sitzungen der letzten Tage wohnte auch Dr. L. Bamberger für die Handelskammer von Bingen bei. (N. B.)

fordert Mill eine eigene verantwortliche Commission, sie sollten fertig in das Parlament gelangen, und dieses soll nur mit Ja oder Nein darüber abzustimmen haben. Welcher Mechanismus! Mill will auch die Theilnahme des Einzelnen an dem Staatsleben so weit treiben, daß er jede Stimme bei der Wahl gelten lassen und dadurch Minoritätswahlen ermöglichen will. Jeder Wähler soll für jeden beliebigen Kandidaten stimmen können. Dabei würde man wahrscheinlich nie mit den Wahlen fertig werden. Weit richtiger ist deshalb das in Amerika verbesserte Hare-System, nach welchem in jedem Wahlbezirk nur so lange für einen Kandidaten gestimmt werden soll, bis die für diesen erforderliche Stimmenzahl erreicht ist. Bei der dann folgenden Fortsetzung der Wahl für andere Kandidaten würde jede Partei zu ihrem Rechte kommen, weil keine Stimme verloren gehen würde!

Gneist wirft Mill die Inconsequenzen vor, daß er dem Stimmrecht der Frauen nicht das der vierzehnjährigen Knaben und Mädchen beigelegt, und daß er das Zweikammersystem beibehält. Mills Socialpolitik ist unhaltbar, aber, müssen wir hinzufügen, auch Gneist's organisatorische Vorschläge können uns nicht frommen, weil sie die Herausbildung alter englischer Institutionen bedingen, welche bei uns keinen Boden finden würden. „Einseitig ist die Auffassung Gneist's“, sagt Gierle mit Recht, daß ausschließlich der „Staat“ dieses Selfgovernment gründet hat: Das englische Volk ließ sich das urals zähe anglo-sächsische Communalleben nie ganz entwinden und hat von da aus sich den Staat allmälig zurückerobern, zum großen Theil aus sich heraus Staat und Selbstregierung zu dem, was sie sind gestaltet. Dabei mußte es indeß nach vielen Seiten hin einen Compromiß abschließen mit der „obrigkeitslichen“ Staatsidee, welche so gut in England wie in ganz Europa den „Staat“ in den letzten Jahrhunderten beherrschte. Manches davon wird dem Wesen, mehr noch der Form nach auch heute consequent festgehalten, unzufrieden aber brechen trotzdem die modernen Ideen von Staat und Gemeinde herein. Und es sollte möglich sein, bei uns künftig eine Entwicklung von vorn zu beginnen, mit der England im 18. Jahrhundert abgeschlossen hat? Sind denn überhaupt derartige Wiederholungen der Weltgeschichte erhört?

Colberg, 5. Juni. [Handgreifliche Loyalität.] Der Commandant von Colberg, Herr v. La Chevalerie, sagt in einer Bekanntmachung, in welcher er den städtischen Behörden und der Bürgerschaft den Dank des Kronprinzen mittheilt, für die demselben bei seiner Inspektionsreise bewiesene Treue und Anhänglichkeit. „Nur einen Punkt erlaube ich mir, zu künftiger Verbildung anstalten, Meistern der Gewerke und Familienvätern ans Herz zu legen: daß sie nämlich ihren Zu- und Angehörigen, Kindern und Untergebenen die Wertschätzung erhalten, bei dem landesüblichen Blumenwerken mit Voricht und Ehreerbietung zu verfahren, damit eben dieses Zeichen der Liebe und Hochschätzung nicht in eigenes Amusement und dadurch in Unfug ausarte. Wenn, während des Vorbeifahrens, sie und da ein leichter Strauß, statt in den Wagen zu fliegen, den hohen Herrn ins Antlitz trifft, so wäre das noch zu erklären und allenfalls zu verzeihen. Wenn man ihm aber zu Tode die Bouquets geradezu an den Kopf und ins Gesicht wirft, so daß, wie es bei dem Zugang nach dem Strandslöchchen geschieh, er mit schmerhaft thranenden Augen in den Saal treten müste, so gehörte eben die überaus grosse Herzengüte unserer Hohenzollern dazu, solche Ungehörigkeit mit Milde zu beurtheilen und trotzdem die herzgewinnende Freudlichkeit zu bewahren. Dem zu Fuß wandelnden Fürstensohn reicht man entweder, in tiefer Bescheidenheit, eine Blume mit der Hand dar, oder man streut sie ihm auf den Weg, aber man jagt sie nicht rücksichtslos durch die Lüfte, so daß sie, wie feindliche Geschosse, umherfliegen und verwunden. Die Sache spricht wohl für sich selbst und wird in Colberg, gewiß auch ohne polizeiliche Maßregel, nicht wieder kommen.“ (N. St. B.)

Oesterreich. Wien, 5. Juni. Das Reichs-Kriegsbudget ist auf 74,466,000 Gulden präliminiert. — In Brunn haben gestern große Arbeitertumulte stattgefunden. (Schl. B.)

— 6. Juni. Wie die „Br.“ meldet, unterhandelte der egyptische Minister Nubar Pascha hier nicht allein wegen Neutralisierung des Suezcanals, sondern auch wegen des Abschlusses eines österreichisch-egyptischen Handels- und Schiffahrts-Vertrages.

Linz, 5. Juni. [Der Bischof Rudigier] wurde heute durch Gerichtsdienner zur Wagen nach dem Landesgericht zum Verhör geführt. (W. T.)

England. London, 6. Juni. Ueber die bevorstehende Debatte der irischen Kirchenbill im Oberhause verlautet: Lord Harrowby wird Verwerfung beantragen und durch Derby secundirt werden; dagegen werden Salisbury und Carnarvon sich darauf beschränken, Anmodirung zu befürworten. Die Conservativen erwarten eine Majorität von 80 St. Im Falle der Verwerfung dürfte Gladstone das Parlament vertagen und zum Juli wieder einberufen, um die Bill von Neuem einzubringen. Auch wird versichert, daß die Eventualität eines Peerschubs von dem Premierminister ins Auge gefaßt worden sei. (W. T.)

— [Aus Alexandria] vom 5. Juni wird gemeldet: Ein Engländer, Name Powell, dessen Frau, Kinder, Diener und zwei Missionäre sind von Abyssiniern ermordet worden. (N. T.)

— [Tagesbericht.] Der Prinz von Wales ist in den Freimaurer-Orden eingetreten. Der Earl of Selkirk, Großmeister der englischen Loge, machte gestern in der großen Halle von Freemasons Tavern die entsprechende Anzeige, zugleich mittheilend, daß der Prinz durch den König von Schweden in den Orden aufgenommen worden sei. — In Southampton wurde gestern die Statue Lord Palmerstons durch den Earl of Carnarvon enthüllt. Standbild und Piedestal sind von weißem Marmor. Palmerston ist redend dargestellt, eine Papierrolle in der Linken und die Rechte auf der Brust ruhend.

Frankreich. Paris, 4. Mai. [Die Auflösung der 1. und 2. Compagnie des 52. Nationalgarde-Bataillons], die an den General Mellinet einen Protest gerichtet haben, ist angeordnet worden.

— [Abdankung Isabellas.] Aus dem Palais Bazilewski verlautet aufs Neue von Schritten, die von Madrid aus bei der Ex-Königin Isabella gethan seien, um sie zur Abdankung zu Gunsten des Prinzen von Asturien zu bewegen, füllt den Serrano die Regentschaft zu übernehmen nicht abgelehnt sei. Noch besteht Isabella darauf, diese Acte von Madrid aus zu datiren, d. h. vorher noch einmal nach der Hauptstadt zurückkehren zu dürfen, aber diese Bedingung sei entschieden als unaufnehmbar bezeichnet worden.

Italien. Florenz, 5. Juni. [Deputirtenkammer.] Der Abg. Lobbia übergibt der Kammer veriegelte Dokumente, welche die Bestechlichkeit eines Deputirten in Bezug auf die Tabakssregie darlegen sollen. Die Kammer beschloß ein-

Wir müssen Gierle hierin Recht geben. Das Leben der Völker muss sich aus ihren eigenen Lebensverhältnissen entwickeln, und es ist unsere Aufgabe, durch die Ausbildung des modernen Staates zu den Reformen zu gelangen, deren wir bedürfen. Wenn wir zu einem freien Gemeindewesen gelangen wollen, haben wir nicht nach den altenglischen Formen, sondern nach den Forderungen des Bernuntrechts zu gestalten. Die englische Städteordnung steht hinter der unsrigen weit zurück, und es hat sich auch schon gezeigt, wie leicht wir uns das allgemeine direkte Wahlrecht aneignen, um die Vertretung privilegierter Klassen zu beseitigen, indem die letztere für den Nordbund trotz des preußischen Herrenhauses vernichtet wurde. — Nach Gneist's Ansicht hätte für das deutsche Parlament ein „Fürstenhaus“ aus den regierenden Fürsten neben dem „Volkshause“ gebildet werden müssen. Mit solchen unproductiven Vorschlägen, welche gar nicht zu verwirklichen sind, hat Gneist öfter Unglück gehabt; es gehört dazu selbst der kürzlich von ihm verlangte Verwaltungsgerichtshof zur Feststellung der Rechtsbegriffe über das Verhältniß des Staates zur Kirche und zur Schule, da sich in einer solchen Institution weder die Regierung noch die Volksvertretung verstehen würden. Gneist ist aber auch nicht so einseitig, daß er auf solche Vorschläge hartnäckig bestehen und sie als maßgebend bezeichnen sollte; er übt nur die Kunst der vergleichenden Staatswissenschaft und schildert die englischen Einrichtungen, um deren Kenntnis für uns nutzbar zu machen. Aus diesem Streben ist der Eifer hervorgegangen, dem wir so viel Tüchtiges und Gutes verdaulen, das wir nicht hoch genug schätzen können. Ebenso ist der Mut und die Energie anzuerkennen, mit denen sich Gneist der Corruption unseres Justizwesens durch die früheren Justizminister im Abgeordnetenhaus widerstellt und eine Reform durch die Herstellung der Unabhängigkeit der Richter verlangt hat. In der Schrift von Cohn ist auch auf die Verdienste hingewiesen, welche sich Gneist im Jahre 1848 als Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung erworben hat, indem er seine ganze Kraft zur Abwehr der drohenden Reaction verwandte. Die Schrift, welche er im Jahre 1849 über die Berliner Zustände verfasste, liefert einen der wichtigsten Beiträge zur richtigen Beurtheilung derselben, und muß allen Geschichtsschreibern der Zukunft von unschätzbarem Werth sein. E. M.

stimmtig, den Antrag auf Untersuchung in Erwägung zu ziehen und die Acten einem Comite zu übergeben. (W. T.)

[Der römische Hof], schreibt die "Ball-Mall-Gaz." ist mit Russland wieder versöhnt. Der Palast der russischen Gesandtschaft wird wieder in Ordnung gesetzt und wird bald von einem ständigen Gesandten bewohnt werden. Die Beziehungen der päpstlichen Regierung zu Österreich dagegen werden von Tag zu Tag kritischer. Graf Trauttmansdorff erwartet, zurückberufen zu werden, und hat daher seine Beglaubigungsschreiben noch nicht überreicht.

**Spanien.** Madrid, 4. Juni. [Cortes-Sitzung.] Auf eine Interpellation, ob es wahr sei, daß der General-Gouverneur Dulce von den Freiwilligen auf Cuba zur Einschiffung gezwungen worden, erklärte Serrano, bei der Abreise des Generals seien allerdings Seitens der Freiwilligen Demonstrationen gegen den General in diesem Sinne gemacht worden, jedoch sei in der Havana bereits bekannt gewesen, daß Dulce in der Person des Generals Caballero de Rodas einen Nachfolger erhalten habe. Serrano fügte hinzu: Ich bin überzeugt, daß General Caballero alle Schwierigkeiten überwinden und Cuba spanisches Besitzthum bleiben wird. Von den hingestanden Verstärkungstruppen werden 5000 Mann in naher Frist nach der Heimath zurückkehren. — Die Unterzeichnung der Verfassung schreitet fort, bis jetzt haben neun Deputierte der republikanischen Partei ihre Unterschrift verweigert. (W. T.)

— 5. Juni. Durch eine Verordnung des Ministers der Colonien werden die directen Abgaben um 50 p.C. herabgesetzt und zum Erfoge eine nicht erhebliche Steuer auf die Ausfuhr von Zucker, Tabak und Rum gelegt. (N. T.)

Danzig, den 7. Juni.

\* Die städtische Deputation aus Dresden, bestehend aus den Herren Ober-Ingenieur Lohmann, Ingenieur Manl, Stadtrath Stübel und Kaufmann Walter, denen sich Hr. Buchdruckereibesitzer Henkler angeschlossen hatte, ist gestern hier eingetroffen und heute früh in Begleitung der Herren Aird, Latham und Baurath Henoch nach Prangnau gefahren, um die dortigen Quellen und die Wasserleitungsarbeiten auf der ganzen Strecke und das Hochreservoir zu Odra zu besichtigen.

\* [Vorschußverein.] In der am Sonnabend abgehaltenen General-Versammlung des Vorschuß-Vereins, wurde der Geschäftsbereich für das erste Quartal vorgelegt. Darnach beträgt das Vereins-Bermögen ult. März d. J. 16,424 R. (gegen das vergangene Jahr erhöht um 4,525 R.). Die Vereinschulden betragen ult. März d. J. 132,240 R. Darauf sind zurückgezahlt 52,690 R. und bleiben Schulden des Vereins 79,550 R. (gegen das Vorjahr mehr 55,309 R.). Ausgeliehen waren Ende März: 151,746 R. Darauf sind zurückgezahlt 74,309 R. und es stehen aus: 77,437 R. Im Vorjahr waren ausgeliehen: 38,852 R., mithin hat sich das Geschäft in diesem Jahre vergrößert um: 38,584 R. An Sinsen sind aufgetreten: 2904 R. (gegen das vergangene Jahr 1862 R. mehr). Die Geschäftskosten betragen 280 R. (gegen das Vorjahr weniger 174 R.). Die Spareinlagen betragen 1,424 R. (gegen das Vorjahr 36 R. weniger). Die Mitgliederzahl beträgt 957 (gegen das Vorjahr mehr 562). Der Gesamtbilanzsumme beträgt 176,086 R. (gegen das Vorjahr mehr 89,589 R.). — Dem Vorstande wurde Indemnität ertheilt für 4000 R., um welchen Betrag derselbe über die ihm gesteckte Grenze hinausgegangen ist. Es erfolgte Ausschluß von 13 Mitgliedern und Discussion über die Erhöhung des Mitgliederguthabens auf 100 R.

\* Der bauleitende Ingenieur für die hiesige Kanalisierung, Mr. Airey, der sich einige Tage hier aufhielt, ist gestern nach London zurückgereist, um noch einige Vorfragen zu erledigen und wird binnen Kurzem zur sofortigen Inangriffnahme der Arbeiten hier wieder eintreffen.

\* Eine wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten interessante Arbeit, die jetzt in Ausführung begriffen ist, ist die Durchlegung des schmiedeeisernen Rohrstücks (aus der Eisengesellschaft von C. Steimann & Co. hier) unter der Nahaue bei Gr. Boelka.

\* Nachdem in letzter Zeit wegen Mangels an Hauptrohren an den Nebensträngen der Außenwerke gearbeitet wurde, deren Legung zum größten Theile vollendet ist, bietet das Enttreffen zweier bedeutender Schiffsladungen wieder Material zur energetischen Fortführung der Hauptleitung von Prangnau zum Hochreservoir und zur gänzlichen Vollendung der 21jölligen Zuleitung vom Hochreservoir zur Stadt.

\* Heute Nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr wurde das Hochreservoir in Odra von dem Photographen Herrn Carl Rabits photographiert, weil der Bau desselben jetzt so weit gediehen ist, daß er einen genügenden Einblick in die technische Anlage gewährt.

\* [Tötung durch Unvorsichtigkeit.] In Gotteswalde hat gestern Morgen der Knecht Sänger den Dienstjungen Frank aus Unvorsichtigkeit erschossen. Beide waren auf dem Hausboden ihres Dienstherrn, des Hosbehüters G., beschäftigt, woselbst dieser eine mit Schrot geladene Flinten aufbewahrt. Sänger hielt das Gewehr für ungeladen, nahm es in die Hand und wollte den Hahn spannen, dieser sprang aber zurück, der Schuß entlud sich und tödete den unglücklichen Knaben auf der Stelle. Die gefährlichen Spielereien mit Schießgewehren nehmen trotz aller Warnungen immer noch kein Ende.

\* Die Arbeiten zur Wasserleitung in Pr. Holland sind vollendet und steht der Eröffnungstermin noch in dieser Woche bevor. Hr. Baurath Henoch wird die Leitung persönlich an die Stadt übergeben.

Von der Brahemündung. [Holz aus Polen.] Gegenwärtig liegen auf der Weichsel am Einflusse der Brahe zur Förderung in den Bromberger Canal außerordentlich viele Hölzer, und fast sollte man glauben, daß es kaum möglich sein wird, dieselben bis zum Herbste heraus zu schaffen, dabei kommt dort fast täglich mehr Holz aus Polen an. Noch bedeutender ist die Menge Hölzer, welche die Weichsel abwärts nach Danzig zu gehen. Gestern konnte man von Morgens bis Abends ununterbrochen hier Holz vorübertreiben sehen. Die Holztreiberei die Brahe aufwärts geht sehr stark, bis heute sind bereits 3800 Tafeln Holz in den Canal verflossen. (B. B.)

#### Bermischtes.

Heidelberg. [Duell.] Zwei Corpsstudenten hatten wegen einer, wie gewöhnlich geringfügigen Ursache auf Schläger kontrahirt und der eine Bautant (H. aus Wiesbaden) traf seinen Gegner (G. aus Baden) derart am Halse, daß derselbe sofort tot zusammenstürzte.

Preisen, Mais war gleichfalls mehr gefragt und etwas theurer, in Gerste waren die Transactionen fast Null, da es an Öfferten fehlte und Roggen war fest zu unsern letzten Notirungen. In Weizen und Mais für spätere Verschiffung war das Geschäft bedeutend zu besseren Raten. Gerste war mehr beachtet und Roggen brachte eine Avance von nahezu 1s per Otr. — Die Zufuhren von fremdem Getreide waren in dieser Woche klein. — Der Besuch zum heutigen Marte war schwach, der wenige englische Weizen, der offerirt wurde, wurde zu Montagspreisen verkauft, in fremdem war wenig Geschäft zu den Notirungen jenes Tages. — Gerste, Bohnen und Erbsen waren unverändert im Werthe. — Hafer war zu letzten Notirungen langsam verläufig. — Die Assuranceprämie von den Ostsehäfen nach London ist für Dampfer 6s 8d, für Segelschiffe 10s %.

#### Butter.

Berlin, 5. Juni. (B. u. H.-Btg.) [Gebr. Gause.] Feine und feinste Mecklenburger Butter 33—35 R., Briegitzer und Pommersche 29—32 R., Pomeranische 24—27 R., Neubrucker, Niederunger 23—26 R., Littauer 22—25 R., Preußische 24—28 und 30 R., Schlesische 25—28 R., Galizische 21—22 R., Ostpreußische 29—31 R., Thüringer, Hessische und Bayerische 26—29 R., Prima Peter, Stadt-Schmalz 25 R., transito do. 23 R. per Otr. — Pflaumenmusp, schlesisches 6 R.

#### Wolle.

Berlin, 4. Juni. Das Geschäft auf den kleinen schlesischen Märkten war überall matt, die Wäscherei grössten Theils mittelmäßig und die Reduction der Preise 15—20 R. Hier wurden seit unseren letzten Mittheilungen vom 22. v. M. noch 300 Ctnr. feine schlesische und posener Einschüren, 7500 Ctnr. Mittelmollen zu sehr gedrückten Preisen verkauft. Auch wurden ca. 200 Ctnr. Gerbermollen abgegeben.

Breslau, 6. Juni. Die Zufuhren zu dem morgen beginnenden Wollmarkte sind in erster Hand stärker wie sonst, die Beschaffenheit der Wollen läßt indeß in vielen Fällen zu wünschen übrig. Auf den Lägern haben bereits sehr umfangreiche Käufe von rheinländischen, englischen, französischen und Hamburger Käfern stattgefunden, bei denen sich der Abschlag für feine und schön beschaffene Wollen nur auf 5 bis 12 R. beläuft.

Schweidnitz, 5. Juni. Anfuhr 2500 Ctnr. Wäschen mittelmäßig. Geschäft schlepend. Preise für Bauernwollen 40—46 R., für Schottseilwollen 47—54 R., für Dominalwollen 55—70 R., für feinste Stammwollen 89 R. Käufer waren hauptsächlich rheinische Fabrikanten.

#### Schiffslisten.

Nenfahrwasser, 5. Juni 1869. Wind: O. Angelommen: Jordan, Marschall, Newcastle, Kohlen.

Den 6. Juni. Wind: W.

Angelommen: Claussen, Danmark, Greenaa; Henriksen, Anna Maria, Malmoe; beide mit Kaltsteinen. — Tallagon, Elida, Arendal, Quarzsteine.

Gesegelt: Rasmussen, Maria Christine; Wulff, Julie; beide nach Norwegen; Robertson, Bonny Laß, London; sämmtlich mit Getreide. — Bissel, Catherine, Bordeaux, Syrup. — Noiseux, Aurelie, Nantes; Robb, Margaretha, Elsfleth; beide mit Holz.

Den 7. Juni. Wind: NW.

Angelommen: Carl, Danmark (SD.), Königsberg, Lüppen. — Kipp, Alwine, Swinemünde; Nielsen, Langeland, Faroe; beide mit Kaltsteinen. — Smith, Harriet (SD.), Middlesbro, eiserne Röhren. — v. Wyd, Anna Paulowna (SD.), Amsterdam, Güter. — Appelberg, Sverre (SD.), Rotterdam, Scheinen. — Bielle, Der Friede, Alloa; Wood, Lord Clyde, Hartlepool; Förster, Isabella, Anderson, Dysart; Robertson, Jane Cameron, Newcastle; Yusser, Henriette, Alloa; sämmtlich mit Kohlen. — Söderborn, Thor, Middlesbro, mit Röhren und Röhrenen.

Gesegelt: Cratt, Ella Constance (SD.), Rotterdam; Ahrendt, Wilhelm, Kiel; beide mit Holz. — Kallander, Hilda, Gotthland, Getreide. — Berndt, Minna, Rügenwalde, Ballast.

Thorn, 5. Juni 1869. Wasserstand + 2 Fuß 3 Zoll. Wind: NW. — Wetter: warm und ziemlich freundlich.

Stromab: Boigt, Fajans, Warschau, Danzig, Danne, 1 Kahn, 32 54 Ctnr. Baranowski, Fogel, Blod, do., Goldschmidt S., 31 18 Weizen, Wessolowski, Flatau, do., do., Steffens S., 1 do., 29 — Rogg, Kohlhöfel Wilczynski, Mieszawa, do., Goldschmidt S., 1 do., 28 — Weiz.

Boehlle, Perez, Włocławek, do., darf, 1 do., 12 Last Weiz, 9 Last 30 Schf. Gerste, 12 — Erbsen. Dropiewski, L. Cohn, do., do., Normann, 1 do., 14 Ctnr. 4 R. Kleef, 31 Last Weiz, — 45 Hafer.

Winiarski, H. Warschauer, do., do., Steffens S., 1 do., 11 — Weiz. Derl., M. Linicki, do., do., Matowski u. Co., 1 do., 7 Last 25 Schf. Rogg, 5 26 Erbsen.

Loebike, Wilczynski, Nieszawa, Königsberg, 1 do., 33 30 Rogg, Broblewski, Perez, Włocławek, do., 1 do., 30 — do. Wojtal, Barcinski, Warschau, Danzig, J. Davidsohn, 1 do., 28 Last Kaff.

Ludwig, May, Brubzin, Thorn, Angermann, 1 do., 25 Last Kaff. R. Kaledi, J. Berlin, Penne, do., 6 Craften, 1780 St. w. H. J. Kaledi, do., Ubrzyn, do., 7 do., 1900 St. w. H.

Klits, Behrend, Włozysko, do., 2 Kahne, 3000 Ctnr. Steine.

Verantwortlicher Redakteur: H. Richter in Danzig.

#### Meteorologische Beobachtungen.

Jahr	Barometr. Stand in Sch. Ein.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
6/12	340,53	16,7	Nördl. schwach; hell und wolbig.
7/8	340,14	12,3	WSW, flau; leicht bedeckt.
12	339,79	16,2	WSW, flau; hell und klar.

#### Fondsbörse.

Berlin, 5. Juni.

Berlin-Anh. E.-A.	180 bz	Staats-Pr.-Anl. 1855	123 Rbz
Berlin-Hamburg	156 Rbz	Ostpreuss. Pfdr.	73 Rbz
Berlin-Potsd.-Magd.	183 Rbz	Berliner Pfdr.	90 Rbz
Berlin-Stettin	132 Rbz	Pommersche 3½% do.	72 Rbz
Cöln-Mindener	118 bz	Posen. do. neu 4%	83 Rbz
Oberschl. Litt. A.-u.O.	175 Rbz	Westpr. do. 3½%	71 Rbz
do. Litt. B.	160 bz	do. do. 4%	80 Rbz
Ostpr. Südbahn S.-P.	65 bz	do. nene 4%	88 Rbz
Oesterr. Nat.-Anl.	57 Rbz	Pomm. Rentenbr.	87 Rbz
Russ.-Poln. Sch.-Ob.	67 B	Posensche do.	86 Rbz
Cert. Litt. A. 400 fl.	92 bz	Preuss. do.	86 Rbz
Part.-Obl. 500 fl.	97 B	Pr. Bank-Ant.-S.	143 Rbz
Freiw. Anleihe	97 B	Danziger Privatbank	103 Rbz
5% Staatsanl. v. 59	102 Rbz	Königsberger do.	105 Rbz
St.-Anl. v. 1854, 55	93 Rbz	Magdeburger do.	86 G
Staatsanl. 56	93 Rbz	Posener Prov.	101 Rbz
Staatsanl. 53	85 Rbz	Disc.-Comm.-Anth.	120 Rbz
Staatsschuldscheine	82 Rbz	Amerik. rückz. 1882	87 Rbz

#### Wechsel-Cours.

Amsterdam kurz	142 Rbz	Wien öst. Währ. 8 T.	82 Rbz
do. do. 2 Mon.	141 Rbz	do. do. 2 Mon.	82 Rbz
Hamburg kurz	151 Rbz	Frankfurt a. M. südd.	56 26 B
do. do. 2 Mon.	150 Rbz	Währ. 2 Mon.	86 Rbz
London 3 Mon.	624 Rbz	Petersburg 3 W.	78 Rbz
Paris 2 Mon.	81 Rbz	Warschau 8 Tage	78 Rbz

#### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 6. Juni. Effecten-Societät. Wechsel 105, Hamburger Wechsel 88 R., Londoner Wechsel 120 R., Pariser Wechsel 95 R., Wiener Wechsel 96 R., 5% österr. Anleihe de 1859 65 R., Nationalanleihe 55 R., 5% steuerfreie Anleihe 52, Amerikaner de 1882 86 R., österr. Bantactien 720, Creditactien 301, Darmstädter Bankactien 284, Oesterr.-franz. Staatsbahn

